



UM_BAU 28

Das Geschäft mit der Stadt Gabu Heindl Solidarität /
Margit Mayer Recht auf Stadt ohne Armut / Peter Mörtenböck, Helge Mooshammer
Blendende Werte / Gesa Witthöft Wer plant hier? / Manfred Russo Widmungs-
abgaben und Erbbaurecht / Dieter Hoffmann-Axthelm Kommunale Flächenkosten
und lokale Demokratie / Rolf Novy-Huy Das (Erb-)Baurecht als modernes Instru-
ment der Stadt- und Bodenpolitik / Andreas Vass Das Geschäft mit den Beständen /
Elise Feiersinger, Andreas Vass Logbuch / Rudolf Kohoutek Urbanistischer
Somnambulismus / Otto Kapfinger „You don't have to live in these apartments...“

Birkhäuser Österreichische Gesellschaft für Architektur

Solidarität – Wie entstehen demokratische Räume?¹

Wo zeigen sich Nahebeziehungen zwischen Architektur und Solidarität – zumal in demokratiepolitischer und in Bezug auf Machtverhältnisse kritischer Sicht? Traditionellerweise wird Solidarität als Zusammenhalt unter Gleichartigen gefasst; der Begriff gilt etwa als Variante der ‚Brüderlichkeit‘, die, national definiert, zur ‚Freiheit‘ und ‚Gleichheit‘ hinzukommt, oder, über nationale Gleichartigkeit hinaus, als Zusammenhalt von Proletariern – eben, aller Länder‘.

In der Architektur findet sich Solidarität zunächst ebenso da, wo es sich um gemeinsame, insofern gleichartige, Interessen dreht. Zuallererst ist sie Bestandteil von Interessensvertretungen, vor allem dort, wo gegenseitige professionelle Unterstützung im Zentrum steht (z.B. in Architektenkammern). Doch um dieses identitätsbasierte Zugehörigkeitsmotiv soll es hier nicht gehen. Es geht somit auch nicht um eine Art von Solidarität auf Basis von Gleichartigkeit und Gemeinsamkeit, wie sie uns aus der Architekturgeschichte der Moderne vertraut ist – als quasi organisch gewachsene Allianz von ArchitektInnen vom Typ technologiegläubiger (Diplom-)Ingenieure und dem Proletariat als Träger einer rational definierten Fortschrittsdynamik – mit dem Ziel der Verbesserung der Welt durch Architektur und Städtebau. Das Projekt ist, wie wir wissen, gescheitert; dennoch sind manche seiner Ansprüche, um es nur anzudeuten, nicht einfach ambivalenzselig und masterplanphobisch preiszugeben. Heute – nachmodern und ohne homogenes Industrieproletariat – bilden sich eher Allianzen zwischen experimentierfreudigen ArchitektInnen und metropolitanen Hot-Spot-Milieus, deren Ansprüche andere sind als die der technischen Rationalisierung; diese Art von organischem Zusammenhalt basiert zumeist auf geteiltem Lifestyle im Zeichen von Mobilität, Weltläufigkeit, distinktiertem Geschmack etc.

Der Solidaritätsbegriff, um den es hier geht, bezieht sich explizit auf ‚Anderer‘ in einem radikaldemokratischen Sinn. In diesem Kontext „macht [d]er [Begriff Solidarität] nur [...] dort Sinn, wo man sich solidarisch erklärt mit anderen, die nicht ohnehin Teil derselben Gemeinschaft sind. Wäre dies der Fall, handelte es sich nicht um Solidarität, sondern um bloße Interessenspolitik einer Gruppe zu eigenen Gunsten“, so Oliver Marchart in *Die politische Differenz* (Berlin 2010, S. 358–359) zu seiner Theorie von konfliktbereiter – insbesondere demokratischer – Politik. Auf den Punkt gebracht: „Solidarisch kann ich nur mit jemandem sein, dessen Position sich von meiner unterscheidet.“

Wer sind nun diese ‚Anderen‘ und wie kann die Solidarität der ArchitektInnen mit ihnen aussehen? Aus zugespitzter radikaldemokratischer Perspektive – namentlich bei Jacques Rancière (*Das Unvernehmen*, Frankfurt/M. 2002) – sind die Anderen jene, die in der Verteilung der Anteile am gesellschaftlichen Ganzen *nicht zählen*. Sie zählen nicht als Rechtssubjekte, legitime WissensträgerInnen oder Stimmen im öffentlichen Diskurs –

und sie zählen nicht als NutzerInnen von Architektur in dem Sinn, wie wir es meist verstehen, nämlich so, dass in Prozessen von Planung und Bauen viel Aufmerksamkeit auf deren Bedürfnisse, Vorlieben und Eigenarten verwendet wird. Wenn wir also unter den nicht zählenden Anderen etwa Obdachlose oder Geflüchtete (vulgo ‚Flüchtlinge‘) innerhalb der Festung Europa verstehen,² aber auch (weniger dramatisch) soziale Gruppen, die im Rahmen innerstädtischer Sanierungsprojekte nicht als anspruchsvolle NutzerInnenklientel erachtet werden – wie sehen dann Haltungen und Praktiken der Solidarität mit ihnen aus?

Es kann ja nun nicht darum gehen, die schiere Unzugehörigkeit der Nicht-Zählenden anzurufen und das Planen und Bauen direkt auf deren Status als ‚Zurückgelassene‘, ‚Underdogs‘ etc. abzustimmen – womöglich noch im Sinne einer *architettura povera*, eines ‚mittellosen Bauens für die Mittellosen‘. So ein Denken hat womöglich mehr von heroischer Ethik oder exotisierendem Chic als von Solidarität. (Oder aber es führt, weniger chic denn sparsam, zur Errichtung von Zeltlagern für MigrantInnen.)

Das Solidaritätskonzept, das ich meine, zielt – bei aller Machtskepsis, dazu gleich mehr – darauf ab, vorhandene Machtmittel im Sinne vielfältiger Demokratisierungsprozesse zu nutzen. Nachdem Architektur, schon allein ihrer Kapitalintensität wegen, in weit höherem Maß als etwa bildende Kunst strukturell an etablierten Machtapparaten Anteil hat, muss es hegemoniepolitisch darum gehen, an und auch mit diesen Macht-Verhältnissen zu arbeiten. Es läuft nicht gleich auf eine Strategie des ‚Im-System-Agierens‘ mit dem Beigeschmack von Sich-vereinnahmen-Lassen (und vergleichbaren Vorstellungen einer nicht-kompromittierten Reinheit im Außerhalb) hinaus, wenn wir festhalten, dass es durchaus – heute mehr denn je – für ArchitektInnen wichtig ist, gerade innerhalb planungspolitischer Kontexte oder in planungsbehördlichen Aufgaben Stellung zu beziehen und, ja, Positionen zu besetzen. Solidarität ist nicht reine Empathie mit Armen und Anderen, sondern beinhaltet aktive Positionierung bis hin zu einer planerischen oder baulichen Handlung. Hauke Brunkhorst (*Solidarität*, Frankfurt/M. 2002) weist darauf hin, dass das Konzept Solidarität sich gut mit einem europäischen Modell des Etatismus verträgt. Zugleich ist jedoch nur allzu klar, dass sich aus einer etatistischen Sichtweise heraus die Frage des Paternalismus, der Staats-Bevormundung, ganz massiv stellt. Das demokratische Solidaritätskonzept zielt ja ansatzweise auf Selbstermächtigung des Volkes in seiner Gespaltenheit, also darauf, dass die Nicht-Zählenden selbständig als politische Subjekte – sowie Rechtssubjekte, WissensträgerInnen, AkteurInnen im Öffentlichen – in Erscheinung treten. Ein solches Aktiv- und Subjekt-Werden ist nicht dasselbe wie die gängige Form partizipativer Planung, durch die ja doch meist Mittelklasse-Vorstellungen und Mittelklasse-Teilhabe reproduziert werden. Allerdings ist der Demokratisierungseffekt nicht zu unterschätzen, der sich einstellt, wenn bislang Nicht-Zählende, Nicht-Vorgesehene als unerwartete SprecherInnen und AnspruchstellerInnen in partizipativen Planungsprozessen auftreten, wenn etwa migrantische Familien oder Geflüchtete ihre Anliegen, auch Vorlieben, in Projektvorhaben einbringen (wie wir das von eingesessenen BildungsbürgerInnen gewohnt sind).

Was auch nicht Sinn von Beteiligung sein kann, ist der Wunsch, durch möglichst umfassendes und ausdauerndes Befragen aller von Planung ‚Betroffenen‘ (wie das Lucius Burckhardt einmal sarkastisch-kritisch formuliert hat) so etwas wie Gewissheit zu

gewinnen, also so zu bauen, dass kein Einwand mehr denkbar wäre. Aus radikaldemokratischer und hegemoniepolitischer Sicht auf gesellschaftliches Handeln gilt es anzuerkennen, dass es keine letztgültige Begründung für Handlungen gibt – dass aber Handlungen dennoch gesetzt und auch durchgesetzt, werden (müssen). Erst die Einsicht, dass es keine unbestreitbar richtige Lösung („Es gibt keine beste Lösung“, so Burckhardt in *Wer plant die Planung*, Berlin 2004, S. 219) und keinen ultimativen Grund (als unerschütterliche Basis, als fortschrittsgeschichtliche Notwendigkeit) für eine Handlung gibt, ermöglicht es, eine Setzung vorzunehmen, die strittig ist – die ebenso erstritten wie bestreitbar ist – und die in dem Wissen erfolgt, dass es immer auch anders sein könnte.

Dieses ‚Es kann auch anders sein‘ bedeutet nicht ‚anything goes‘: Es heißt nicht neoliberales Streben nach freier Modellierung des Möglichen; in unseren Zeiten ständiger Forderung nach Deregulierung und Beseitigung störender Setzungen sind gerade konkrete Pläne, gesetzte Vor-Sätze, wichtig – weil sie nämlich nachvollziehbar und damit bestreitbar festhalten, was das Vorhaben konkret ist (im Unterschied zu bloßen Investitionsideen und -visionen). Ebenso wichtig ist Planung als Setzung dort, wo es darum geht, demokratische Ansprüche auf Raum durch Zeichnen, Schreiben, Ausformulieren zu artikulieren.

Sowohl das Konzept einer nicht (eigen-)interessensbasierten Solidarität mit Anderen als auch ein Verständnis von Planung als nie ganz gesichert fundierbare, nie außer Streit stellbare Setzung bringen ein Moment der Selbstkritik und Selbstüberschreitung am architektonischen Handeln ins Spiel. Wie gesagt: Die demokratisch-ethische Position des Engagements und der Fürsprache für Andere allein liefe Gefahr, die jeweils Anderen geradezu als solche zu markieren, sie etwa zu kulturalisieren und exotisieren, während die eigene Position nobel und stabil bliebe. Was aber, wenn Solidarität auch die eigene Disziplin Prozessen der Ent-Gründung, der Überschreitung des eigenen Identitäts-Grundes aussetzt? Anders gesagt: Solidarität mit Anderen*heißt manchmal geradezu Entsolidarisierung von der uns zgedachten Rolle und den von uns akzeptierten Aufgabenfeldern, von vorbeschriebenen Projekten und unveränderbar scheinenden sozialen Bedingungen des Planens und Bauens.

So könnte Solidarität einerseits heißen, gerade *nicht* zu bauen – also das Gegenteil dessen zu tun, was Kernbestand der Identität von ArchitektInnen ist. Etwas nicht zu tun, die Verweigerung als Setzung, das ist z.B. die Absage der Teilnahme an politisch/ethisch bedenklichen Projekten oder an solchen, die öffentliche Werte an Privat-Profitinteressen verkaufen, wie dies, um nur ein Beispiel zu nennen, Schulbauprojekte in PPP-Form tun. *Nicht-Bauen* kann im Bereich der Stadtplanung eine Abkehr vom ‚Macher‘-orientierten Baugeschehen bedeuten; das hat sein solidarisches Moment, wo es darum geht, öffentlichen Raum nicht zu privatisieren bzw. ihn frei von Konsumverpflichtungen zu halten. Um diesen Gedanken kritisch weiterzuspinnen: Das Sich-Einsetzen für konsumfreie Räume kann allerdings auch paternalistische Züge haben. Und vor allem: Gälte es nicht, darauf hinzuarbeiten, dass Wohlstand so gerecht verteilt ist, dass konsumfreie Räume oder billig nutzbarer sozialer Wohnbau überflüssig werden? Dieser Einwand führt aus einer (attraktiven) utopischen Höhe schnell zu einem – unfreiwilligen – Zynismus. Eine radikaldemokratische und – im Sinn des genannten Wegfalls von Letztbegründungen – postfundamentalistische Haltung hingegen setzt auf mögliches Handeln, das

durchaus als verändernder Eingriff in hegemoniale Machtverhältnisse gedacht ist, setzt darauf, gegebene Spielräume und Machtmittel zu nutzen (ohne die Utopie aus den Augen zu verlieren).

Das Motiv solidarischen architektonischen Handelns, das zum Nicht-(mit-)Tun, zum Nicht-Planen, zum Nicht-Bauen quasi komplementär ist, läge in einem ‚Mehr-Bauen‘, konkret: in einem ‚Mehr-Fordern‘ als Abgrenzung vom viel zu gängigen ‚Minimum-Gebot‘. Wenn heute immer wieder intelligente Lösungen, wie es heißt, für Bauaufgaben verlangt werden, die maximale Nutzung von räumlichen oder Budget-Minima vorsehen, dann können wir ArchitektInnen uns in unserer Identität als Problem-LöserInnen und erfinderische RaumnutzensmaximiererInnen aufgerufen fühlen. Wir können aber auch – und wir sollten – im Sinn jener Selbstkritik, die mit Solidarität einhergeht, gegen genau diese zugewiesene ExpertInnen-Rolle verstoßen und, anstatt für das Existenzminimum zu planen, unser Können darauf richten, mehr als das Existenzminimum zu fordern. Denn: Für wen ist denn das Minimum in Sozialbauten, im Schulbau, im Sozialen Wohnbau vorgesehen? In seiner Kritik an den Architekturen für das Existenzminimum in den 1930er Jahren fordert Burckhardt von ArchitektInnen die gegenteilige Kreativität, nämlich „Ansätze zum Träumen“ und einen grundsätzlichen „Raumpolster“, ein überschüssiges, nicht funktional kalkuliertes Mehr. Bis heute steht in der Planungsdebatte viel zu oft ein Selbstverständnis kreativer Architektur als Kunst einer ‚humanen‘ und ‚smarten‘ Flächenreduktion im Vordergrund – und nicht die Frage, kraft welcher sozialer Machtverhältnisse es überhaupt ein Existenzminimum gibt. Gilt also – gerade in Zeiten jener sozialen Massenteignung namens Krise – nicht vielmehr *gutes Leben* für alle oder (mit einer Paraphrase auf Henri Lefèbvres „Recht auf Stadt“) ein „Recht auf viel und guten Raum für alle“ zu fordern?

1 Unter diesem Titel fand von 2011 bis 2012 eine von mir kuratierte ÖGFA-Vortragsreihe statt. Siehe: <http://www.oegfa.at/eventrow.php?item=128>

2 Anhand der Refugeeebewegung beschreibt Monika Mokre Solidarität als einen kontinuierlichen Prozess der Übersetzung: „vom Universellen ins

Konkrete und umgekehrt, von Erfahrungen in politisches Handeln, von alten Abgrenzungen in die Produktion neuer Zusammenhänge gemeinsamen Begehrens“ (*Solidarität als Übersetzung. Überlegungen zum Refugee Protest Camp Vienna*, Wien u.a., 2015)